

Solidarität in Europa

DER ANDERE BLICK

Vom Schuldenmachen der Griechen hat die deutsche Wirtschaft kräftig profitiert. Statt jetzt die Südeuropäer als »faul« zu beschimpfen, wie es die Kanzlerin tat, müssen Europas Regierungen die Krise solidarisch meistern, fordert der Wissenschaftler Stefan Collignon. Europa müsse endlich zu einer echten politischen Union reifen.

Foto: panthermedia.net



Europas Länder müssen gemeinsam solidarisch einen Schirmschirm für den Euro aufspannen.

Das europäische Haus steht in Flammen und niemand scheint es retten zu wollen. Die Finanzkrise von 2008 hat Europa in eine Riesenrezession gestürzt und massive Einkommensverluste nicht nur bei privaten, sondern auch bei den öffentlichen Haushalten verursacht. Um die Konjunktur zu stützen, haben sich Regierungen überall in der Welt verschuldet. Das war unvermeidlich. Und jeder seriöse Ökonom weiß, dass sich der Staat in einer Rezession verschulden muss, weil andernfalls die Massenarbeitslosigkeit ins Unerträgliche steigt.

Auf Pump. Das Problem in Griechenland war, dass die konservative Regierung Karamanlis schon vor der Krise heimlich Geld gepumpt hat und dem sozialistischen Nachfolger Papandreu der Schuldenberg in der Krise rasch über den Kopf wuchs. Damit wurden die Finanzmärkte nervös. An den Märkten agieren professionelle Anleger, die aus den Ersparnissen

ihrer Kunden das Beste herausohlen müssen, und da ist Unsicherheit gefährlich. Die Zinsen für griechische Staatsanleihen stiegen, und bald griff die Krise auf Irland, Portugal, Spanien und jetzt auch noch Italien über.

In dieser Lage müssten die im Europäischen Rat versammelten Regierungschefs die Märkte beruhigen. Bundeskanzlerin Angela

Merkel hingegen goss ständig Öl ins Feuer. Erst erklärte sie, man müsse Griechenland aus der Eurozone werfen können, dann zündete sie, dass die Südeuropäer zu viel Urlaub hätten (was nachweislich nicht stimmt). Am Ende läuft es darauf heraus, für Griechen und andere Südländer dürften deutsche Steuerzahler nicht zahlen. Folge: Die Märkte fielen in Panik.

Allerdings haben die Deutschen bisher gar nichts »bezahlt«. Im Gegenteil. Als die Finanzmärkte Griechenland, Irland und Portugal den Geldhahn abdrehen, sprangen die Mitgliedsstaaten mit Krediten ein. Die Europäische Zentralbank stellte notwendiges Geld zur Verfügung. Das war nötig, um den Zusammenbruch des Bankensystems zu verhindern.



WISSEN

Grafik oder Buch, Platzhalter Buch links auf der Montagefläche.

Aber Kredite sind kein verlorenes Geld. Vielmehr müssen Schuldner an ihre Gläubiger Zinsen zahlen. Diese Zinsen fließen ja zurück, zumindest solange Griechenland nicht den Staatsbankrott erklären muss. Hinzu kommt, dass die Südeuropäer mit dem geliehenen Geld deutsche Waren kaufen. Ohne ihre Nachfrage würde sich das heutige Wirtschaftswunder – überspitzt gesagt – schnell ins Nichts auflösen.

Abgewürgt. Frei nach der Devise »Strafe muss sein« hat die Bundesregierung Griechenland und Irland ein Sparprogramm diktiert, das auch die schwächsten Zeichen wirtschaftlicher Wiederbelebung im Keim erstickt. Seit 2009 ist das Bruttoinlandsprodukt in Griechenland um 10 Prozent gefallen, privater Konsum um 12 und Investitionen um 45 Prozent. Die Exporte waren zuerst um 20 Prozent gesunken, haben sich jetzt aber wieder erholt. Löhne und Pensionen wurden nominal um 10 bis 20 Prozent gekürzt, Staatsausgaben gestrichen und Steuern erhöht. Wo soll da noch Wirtschaftswachstum herkommen?

Solidarität. Dabei gäbe es einen einfachen Ausweg: Solidarität. Europäische Integration schafft Gewinner und Verlierer. Nicht nur zwischen Ländern, sondern auch zwischen Wirtschaftssektoren. Wenn die Europäische Union als Ganzes gewinnt, sollten die Gewinner den Verlierern helfen. Wenn die Finanzmärkte kein Geld an Mitgliedstaaten leihen, dann müssen alle Regierungen gemeinsam einspringen, bis sich die Situation wieder beruhigt. Solidarität hieße, dass die Europäische Union sogenannte Eurobonds ausgäbe, also Euro-Anleihen, die von Mitgliedsstaaten garantiert werden. Mit den so aufgebrauchten Mitteln können sich Griechenland und eventuell andere Staaten refinanzieren, ohne Opfer der Finanzspekulation zu werden. Die Sparer in Europa und der Welt, auch in China, kaufen die Anleihen, weil sie sicherer sind als die der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Wenn Griechenland so Geld zu günstigeren Konditionen erhielte und auch nur ein schwaches Wachstum von einem Prozent (vor der Krise waren es drei Prozent) erzielen und zugleich zu den Staatshaushaltvolumina früherer sozialistischer Regierungen zurückkehren würde, wäre die Schuldenkrise beendet.

Zugleich könnten Infrastrukturprogramme, wie von Helmut Schmidt vorgeschlagen, die griechische Wirtschaft wieder ankurbeln. Das wäre notwendig,

Zum Autor



Foto: Marcia Liebermann

Stefan Collignon, 59, Professor für politische Ökonomie an der Sant'Anna School of Advanced Studies in Pisa und an der Universität Hamburg. Vorher: Forschungsdirektor der Assoziation für die Europäische Währungsunion in Paris und Unterabteilungsleiter in der Europaabteilung des Bundesfinanzministeriums. Collignon schrieb Bücher und eine Reihe von Zeitungsartikeln zu Europa.

um in einem Land, indem inzwischen mehr als jeder Sechste arbeitslos ist.

Allerdings steht da noch die deutsche Regierung im Weg. Denn die Schuldenkrise ist in erster Linie eine politische Krise. Der größte Mitgliedsstaat diktiert den anderen die Bedingungen und dabei wird das europäische Gemeininteresse mit Füßen getreten. Alle Bürger Europas, auch die Deutschen, leiden darunter.

Es fehlt eine echte politische Union, in der die Bürger gemeinsam eine europäische Regierung wählen, die die Interessen aller Bürger wahrte. Europa muss mehr Demokratie wagen. ■

www.stefancollignon.eu